



Nummer 14 des 45. Jahrgangs am 6. Juni 2018

Qualitätsmedien

Spanien hat eine neue Regierung. Wenn man die Berichte dazu in unseren Massenmedien liest — und zwar denen, die sich als “Qualitätsmedien” verstehen —, fällt ein gewisser Unterton auf: Man hat ein wenig den Eindruck, als sollte hier angedeutet werden, der Wechsel des Ministerpräsidenten wäre sowas wie der Sturm aufs Winterpalais. Da wird ständig darauf hingewiesen, daß es jetzt keine Neuwahlen gegeben habe — man vergißt, daß man es 2016 nach nur einem halben Jahr mit Neuwahlen probiert hat, um eindeutige Mehrheitsverhältnisse zu bekommen, die sich aber partout nicht einstellen wollten. Da kommen ausführlich PP-Sprecher ans Wort, die dem sozialdemokratischen Nachfolger im Amt vorwerfen, er würde den bisherigen Amtsträger “stürzen”, nur um seinen persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen. Da wird manchmal gar nicht und ansonsten nur in dezenten Nebensätzen erwähnt, daß der bisherige Regierungschef sich halt schon mit ziemlichen Korruptionsvorwürfen konfrontiert gesehen hat. Ständig wird betont, daß das halt jetzt nur

eine Minderheitsregierung sei. Einmal abgesehen davon, daß das noch nicht herausen ist, weil noch nicht klar ist, wer noch in die neue Regierung aufgenommen wird: Die Vorgängerregierung war auch nur die einer Minderheit und hatte deutlich weniger Unterstützung im Parlament gehabt als der neue Presidente. Die letzte Regierung Rajoy war ja überhaupt nur unter massivem Druck des Königshauses und der EU-Herrn entstanden. Und es war eine Regierung, die — auch mit dem Segen der EU-Oberen — in Katalonien einen Bürgerkrieg riskiert hat. Kein Wort davon in den meisten Kommentaren. Wer, außer der PSOE, den neuen Regierungschef noch unterstützt, wird nur erwähnt, wenns gar nicht anders geht. Aber dann muß zur Umschreibung der Wahlplattform von Podemos und IU immer die Bezeichnung “linkspopulistisch” verwendet werden — ohne das gehts nicht.

Die gleichen Medien regen sich über Donald Trumps Getwitter und über Breitbart auf. Mit welcher Berechtigung? Nur weil es denen am diskreten Charme der Bourgeoisie fehlt? Oder deswegen, weil sie spiegelbildlich die derzeit in Europa voranschreitende konservative Revolution bis zur Kenntlichkeit verzerrten?

Bernhard Redl

Sozialversicherung: Spielzeug für die ÖVP

**Vier Gründe, warum die
“Reform” der Sozialversicherung
ein Mist ist.**

LUKAS WURZ auf refletive.at

Vieles haben die Regierungsmitglieder bei ihrer Präsentation der “Sozialversicherungsreform” erzählt: Über versteinerte Strukturen, reformunwillige Träger, verschleuderte Gelder für Studien, über den Ärger der Versicherten und ungleiche Leistungen trotz gleicher Beiträge. Einige dieser Punkte werden zu Recht kritisiert. Doch der größte Teil der genannten Probleme wird durch die angekündigten Schritte der Regierung weder angegangen noch gelöst. Und für jene Punkte, die tatsächlich angegangen werden, brauchte es keine Zerschlagung des bestehenden (und trotz aller Kritik funktionierenden) Systems. Warum also das Ganze?

1. Die falsche Reform: mit halber Wahrheit zum versteckten Ziel

Es ist tatsächlich nicht notwendig, daß Österreich 21 Sozialversicherungsträger hat. Und in Wahrheit sind es nicht einmal nur 21. Da kommen die Pensionsämter der Bundes und der Länder (insgesamt 10) sowie die Krankenfürsorgeanstalten (KFA) der BeamtInnen einiger Länder und Statutarstädte (wie etwa Wels, Steyr oder Baden; insgesamt 16) dazu. Zusammen sind es also zumindest 47 Institutionen, die mit gesetzlicher Krankenversicherung, Pensionen oder Unfallversicherung beschäftigt sind (In Deutschland sind es übrigens über 400, in der Schweiz etwa 90).

Wenn die Bundesregierung nun behauptet, diese Zahl auf vier oder fünf zu reduzieren, so schwindelt sie: Es werden nach der Reform zwischen 30 und 36 sein.

Welche Versicherungsträger "überleben" werden und welche nicht, folgt dabei keinem intelligenten Prinzip. Einen echten Gewinn für die Versicherten gäbe es nur, wenn die derzeitigen Sonderversicherungsträger, vor allen die Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft (SVA) und jene der BeamtInnen (BVA, und mit dieser gemeinsam auch die in den KFAs versicherten BeamtInnen) aufgelöst und die Versicherten in die Gebietskrankenkassen überführt werden würden. Diese Sonderversicherungsträger profitieren nämlich von einer besonders günstigen "Risikoauslese": Sie versichern überdurchschnittlich viele Menschen mit hohem, sicheren Einkommen und ohne Einkommensausfälle (wie etwa Arbeitslosigkeit, bei der viel niedrigere Versicherungsbeiträge anfallen). Darüber hinaus haben zum Beispiel BeamtInnen ein deutlich niedrigeres Erkrankungsrisiko als etwa Bauarbeiter oder Pflegepersonen. Nicht zuletzt aus diesem Grund mach(t)en etwa die SVA oder die BVA in der Vergangenheit in der Krankenversicherung Überschüsse (die übrigens seit 2014 mit einem üblen Trick für das Bundesbudget abgezweigt werden). Überschüsse, die andere Träger dringend brauchen.

Um bessere Leistungen für alle Versicherten zu erreichen, wäre es also sinnvoll, die erwähnten Sonderversicherungsträger aufzulösen und alle Versicherten in die Gebietskrankenkassen zu überführen. Die Versicherten in den Sonderversicherungsträgern müssten dann keine kontraproduktiven Behandlungsbeiträge mehr bezahlen, und in den GKKs wäre mehr Geld und ein solidarischer

Ausgleich unter allen Menschen in Österreich da.

Genau das aber wollen ÖVP und FPÖ nicht. Stattdessen sollen zwei neue Systeme um die von der ÖVP kontrollierten SVA (unter Einbeziehung der SV der BäuerInnen) und der BVA (unter absurder Einbeziehung der Versicherungsanstalt Eisenbahn und Bergbau VAEB) geschaffen und mehr oder minder alle anderen (die GKKs und vielleicht die Betriebskrankenkassen, jedoch nicht die KFAs) in einen neuen Träger hineingestopft werden. Sachlich ist das weder sinnvoll noch zielführend: Bereits 2006 scheiterte eine geplante Fusion von SVA und SVB an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Versichertengruppen. Und was genau EisenbahnerInnen mit BeamtInnen gemeinsam haben sollen, ist nicht leicht erkennbar. Etwa ein Achtel der Versicherten der VAEB ist aus früheren ÖBB-Zeiten noch beamtet. In 10 Jahren wird es keine BeamtInnen in diesem Bereich mehr geben.

Übrig bleiben die Gebietskrankenkassen mit dem höchsten Versicherungsrisiko und den unsichersten Einnahmen. In ihnen ist der weitaus größte Teil der Menschen in Österreich versichert. Die Versicherten der zukünftigen Großkrankenkasse werden also unter den Druck der leeren Kassen kommen. Das bedeutet Leistungskürzungen, schlechteren Zugang zur Versorgung,... und – das schlagen Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung seit Jahren vor – möglicherweise auch einen Behandlungsbeitrag bei ärztlicher Behandlung.

Das ist keine Polemik: Die GKKs – und damit die zukünftige Gesundheitskasse – haben die schwierigste Versichertengruppe, die anderen haben das meiste Geld. Das kann sich auf Dauer so nicht ausgehen.

2. Die falsche Machtverteilung: Alles unter ÖVP-Kontrolle

Nachdem ernstzunehmende ökonomische Gründe zur Erklärung der angekündigten Änderungen ausscheiden, muss eine andere Erklärung gesucht werden. Die Generalversammlungen (das sind quasi die Parlamente) der Träger kommen auf Basis der Kammerwahlergebnisse zu Stande. Wo ArbeitnehmerInnen versichert sind, sind daher die Arbeiterkammerwahlen, wo Selbständige oder BäuerInnen versichert sind, die Wirtschafts- oder Landwirtschaftskammerwahl von Belang. Und da die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in sieben von neun Landes-Arbeiterkammern in der Mehrheit ist, werden sieben von neun Gebietskrankenkassen sozialdemokratisch geführt. Sozialdemokratische Mehrheiten gibt es auch in der Pensionsversicherung, in der VAEB und bei den fünf Betriebskrankenkassen. Die ÖVP wiederum kontrolliert die SVA der gewerblichen Wirtschaft, jene der BäuerInnen (SVB) und der BeamtInnen (BVA) sowie die Unfallversicherungsanstalt (AUVA). Eine politische Zuordnung verboten wird sich die Versicherungsanstalt der NotarInnen (die übrigens in den Regierungsplänen nirgendwo genannt wird).

Sowohl nach Versicherten als auch nach Trägern gerechnet ist die Sozialversicherung damit dem direkten Einfluss der ÖVP bisher weitgehend entzogen. Wirklich fuhrwerken konnte die ÖVP bisher nur bei den Selbständigen und den BäuerInnen. Selbst bei den BeamtInnen und in der Unfallversicherung musste auf andere Gruppen ein wenig Rücksicht genommen werden.

Das alles wird durch die neue Struktur verändert: In Zukunft stehen der allenfalls sozialdemokratisch geführten Gesundheitskasse und der Pensionsversicherung drei ÖVP-geführte Träger gegenüber

(die Selbständigenkasse, die BeamtInnenkasse und die AUVA). Das ergäbe selbst nach einer von der Regierung angestrebten Auflösung der AUVA einem – gemessen an der Zahl der Versicherten in den verschiedenen Zweigen und den Wahlergebnissen der jeweiligen Kammerwahlen – überproportionalen Einfluss der ÖVP. Den 3,7 Millionen Mitgliedern der Arbeiterkammern stehen nämlich nur 517.000 Mitglieder der Wirtschaftskammer, etwa 160.000 BäuerInnen und 550.000 BeamtInnen und Vertragsbedienstete gegenüber.

3. Die Abschaffung der Demokratie in der Sozialversicherung

Um vollen Zugriff auf die Strukturen der Sozialversicherung zu erhalten, sollen die Beschickungsmodalitäten in die Kassen der ArbeitnehmerInnen jedoch zu Gunsten der ÖVP verändert werden. Werden derzeit 80% der Mitglieder einer Generalversammlung in den Gebietskrankenkassen (die etwa über Budgets oder besondere Gesundheitsprogramme entscheiden) nach den Ergebnissen der Arbeiterkammerwahlen und 20% von der Wirtschaftskammer bestellt, so sollen zukünftig jeweils 50% von Wirtschaftskammer und Arbeiterkammern entsandt werden (in der Pensionsversicherung waren es bisher 2/3 DienstnehmerInnen und 1/3 Wirtschaftskämmerer; in der AUVA 50:50). Das ist absurd, denn weder in der PVA noch in den Gebietskrankenkassen ist auch nur ein einziger oder eine einzige Selbständige versichert. Und es verletzt die österreichische Bundesverfassung, in deren Art. 120c es heißt: "Die Organe der Selbstverwaltungskörper sind aus dem Kreis ihrer Mitglieder nach demokratischen Grundsätzen zu bilden."

Nun war auch die (seit 1956 geltende) bisherige Regelung mit 20% an VertreterInnen in dieser Hinsicht verfassungsrechtlich fragwürdig. Mitglieder der Wirtschaftskammer können in der Regel nämlich keine

Versicherten, also keine Mitglieder, einer Gebietskrankenkasse oder der Pensionsversicherungsanstalt sein. Das erklärt sich historisch und wurde auch nicht verändert, als im Jahr 2008 die Art. 120a bis c B-VG zum Schutz der Selbstverwaltung beschlossen wurde.

In der SVA und der BVA sitzen jedenfalls keine VertreterInnen der Arbeiterkammern. Im GSVG heißt es etwa: "Jeder Versicherungsver-

treter muß (...) im Zeitpunkt seiner Entsendung dem Versicherungsträger als Pflichtversicherter oder als freiwillig Versicherter angehören" (§ 197 Abs. 2 GSVG). Und fast gleichlautend im § 132 Abs. 2 BeamtInnen-Kranken- und Unfallsversicherungsgesetz: "Die Versicherungsvertreter müssen (...) im Zeitpunkt ihrer Entsendung der Versicherungsanstalt als versicherte Dienstnehmer angehören", sowie auch im Bäuerlichen Sozial-

Z a h l d e r W o c h e

46.486

Hurra! Die Arbeitslosigkeit sinkt! Diesmal wirklich! Der Schindluder mit originellen Berechnungen beim AMS ist ja glücklicherweise vorbei — heute wird das korrekt beziffert, inklusive Schulungsteilnehmern.

Und dann schaut man sich die Zahlen genauer an. Am meisten sinkt die Arbeitslosigkeit im Bereich der Leute ohne formale höhere Bildung. Überhaupt, so suggerieren zumindest die Zahlen, sind die Chancen am Arbeitsmarkt für Menschen, die nichtmal einen Hauptschulabschluss haben, derzeit am allerbesten. Das könnte man ja als positiv sehen, im Sinne der Chancenverbesserung für diejenigen, die nicht das Glück hatten, ein Elternhaus zu haben, das einem höhere Bildung ermöglicht. Nur ist es wahrscheinlicher, daß das Jobwunder eben nur im Billigsegment existiert — die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Universitätsabschluss steigt nämlich. Akademiker sind nunmal teurer und lassen sich auch üblicherweise weniger gefallen.

Aber andere Zahlen sind noch viel spannender: Der aktuellen Bericht des AMS über den Monat Mai spricht von Zugängen zur Arbeitslosenversicherung binnen Jahresfrist von 65.684 bei Abgängen von 97.757. Super, das heißt ein Plus von 32.000 Jobs!? Nein, natürlich nicht. Abgesehen von den sonstigen Bewegungen am Arbeitsmarkt heißt es das auch deswegen nicht, wenn man liest, was unter der Zahl für die Abgänge aus der Arbeitslosenversicherung steht: "Abgänge in Beschäftigung: 51.271". Denn die Zahl der Arbeitslosen ist die Zahl der als arbeitssuchend Gemeldeten. Wer es aufgegeben hat, einen Job zu finden, aus der Arbeitslosenversicherung incl. Notstand hinausgeflogen ist, an ein Rehab-Programm abgeschoben worden ist oder versucht, irgendwie anders seinen Lebensunterhalt zu fristen, erscheint in der Statistik des AMS nur als Saldo: Was mit 46.486 Menschen passiert ist, die nicht mehr arbeitslos gemeldet sind, interessiert das AMS nicht — Hauptsache, man ist die Leute für die Statistik los.

Aber das sind ja sicher alles Menschen, die aus der Not eine Tugend gemacht haben und nun als neue Selbständige auf dem Weg zum erfolgreichen Unternehmertum sind. Um die braucht man sich keine Sorgen zu machen.

Oder aber ich interpretiere die Statistiken falsch. Dann aber wäre es nett vom AMS, würde man dort für genauere Erläuterungen sorgen.

-br-

versicherungsgesetz (§ 185 Abs. 2 B-SVG).

Alein schon aus den zitierten Bestimmungen kann geschlossen werden, dass der Verfassungsgerichtshof hier einschreiten muss. Nicht nur, dass VersichertenvertreterInnen ans Ruder gehoben werden sollen, die gar keine Versicherten in jener Einrichtung sind, deren Ruder sie übernehmen sollen. Es ist auch nicht leicht nachvollziehbar, warum das Stimmengewicht der DienstgebervertreterInnen gleich siebenmal so hoch sein soll, wie jenes von DienstnehmerInnenvertreterInnen (AK: 3,7 Mio. Mitglieder; WKÖ: 517.000 Mitglieder).

Bundeskanzler Kurz hat auf die Teilung der Beiträge auf DienstnehmerInnen und DienstgeberInnen verwiesen, die so abgebildet werden soll. Doch das ist unsinnig: Die DienstgeberInnenbeiträge sind ja nicht wirklich Beiträge der DienstgeberInnen, sondern nichts als anders bemascherlte Löhne der ArbeitnehmerInnen, die diese Gelder mit ihrer Wertschöpfung schaffen. Auch DienstgeberInnenbeiträge stammen aus der Arbeit der Beschäftigten und nicht etwa aus der Privatschatulle der DienstgeberInnen.

Im Übrigen wurde das an der Abgabenleistung orientierte Kurienwahlrecht in Österreich 1907 abgeschafft, um einer Revolte vergleichbar jener in Russland 1905 zuvorzukommen. Es ist nicht mit einer Demokratie vereinbar.

4. Und sonst? Kostenreduktionen für ArbeitgeberInnen...

Ziemlich ins Rudern gekommen sind die Regierungsmitglieder bei der Frage nach den Einsparungen, die sich aus dem neuen Organisationssystem ergeben sollen und mit etwa einer Milliarde Euro in fünf Jahren angegeben wurden. Von den nunmehr abzuschaffenden (meist ehrenamtlichen) FunktionärInnen können sie kaum kommen.

Die Kosten betragen nämlich nur knapp 2 Millionen im Jahr und können daher in fünf Jahren bestenfalls ein Tausendstel der angegebenen Einsparungen bringen. Auch die Vereinheitlichung der Leistungen über alle Träger hinweg kann nur Einsparungen bringen, wenn alle Versicherung auf das unterste Niveau gebracht werden, also eine gewisse Zahl an Versicherten schlechter gestellt wird (wobei es nicht mehr sehr viele Unterschiede zwischen den Gebietskrankenkassen gibt. Die wirklich großen Brocken liegen bei der SVA und der BVA, die ja erhalten bleiben sollen). Auch der Verweis auf die fünf Rechenzentren, die zu einem zusammengelegt werden sollen, ist ein ziemlicher Murks. Die Zusammenlegung von miteinander nicht verknüpften Bereichen wie etwa ELGA, des E-Card-Systems oder der Verrechnungsdaten ist organisatorisch wie technisch (und letztlich auch datenschutzrechtlich) absurd. Und auch das Rechenzentrum der Pensionsversicherung (das auch die Pensionen des SVA verwaltet) wird sich schon allein technisch nicht in andere Rechenzentren integrieren lassen, ohne eine derzeit halbwegs funktionierende Struktur zu gefährden. Aus der Zusammenlegung der IT kann also auch nicht sehr viel Geld kommen.

Weit interessanter ist aber, was mit den angeblich einzusparenden Geldern passieren soll. Sie bleiben im System und werden für bessere Leistungen für die Versicherten verwendet, versprochen Bundeskanzler und Sozialministerin. Vizekanzler Strache war es wieder einmal, der den vereinbarten Sprechtext nicht einzuhalten schaffte: Es sei in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen, so Strache auf eine JournalistInnenfrage, ab dem Jahr 2020 die sogenannten "Lohnnebenkosten" zu senken, also die Dienstgeberbeiträge der Unternehmen zur Sozialversicherung. Nun ist noch gar nicht klar, wie es zu nennenswerten Einsparungen kommen soll. "Das ist Aufgabe der

Selbstverwaltung", erklärte die Sozialministerin auf Nachfrage eines Journalisten. Klar scheint aber zu sein, dass die Beiträge der DienstgeberInnen zur Sozialversicherung ab 2020 sinken. Kurz zusammengefasst: Die Regierung weiß zwar nicht, woher das Geld genau kommen soll, aber ab 2020 sinken die Beiträge der Unternehmen zur Sozialversicherung. Das egal wie zu schultern, ist die Aufgabe der selbstverwalteten Sozialversicherungen. Versicherte und PatientInnen kommen in dieser Erzählung nicht mehr vor. ###

UnÜBA- legt! Auffang- netz für Jugend- liche in Gefahr

Eine Protestkundgebung der Gewerkschaftsjugend machte Ende Mai mobil: Die Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für ältere ÜBA-Lehrlinge stellt nur den Beginn von Einsparungen dar. Das Prinzip der überbetrieblichen Lehrerbildung, als Auffangnetz für Jugendliche mit Anlaufschwierigkeiten, wird zu Gunsten eines Anreizsystems hin zu immer weniger betrieblichen Lehrstellen auf Spiel gesetzt.

Was ist die ÜBA?

Die Ausbildung von Lehrlingen hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert: Lehrbetriebe lassen

aus, das Bildungssystem sortiert Jugendliche mit Lern- und Sprachrucksäcken oftmals aus und die Arbeitswelt bietet diesen jungen Menschen abseits von Hilfsarbeiterjobs keine beruflichen Perspektiven. Seit 2008 gibt es als Auffangnetz die überbetriebliche Lehrausbildung in der heutigen Form. Damals wurde dieses Ausbildungsformat unter dem Schlagwort "Ausbildungsgarantie" vom damaligen Sozialminister Hundstorfer initiiert. Von der Zahl der Auszubildenden her ist die ÜBA ein Erfolgsmodell: 2017 nahmen knapp 10.000 Jugendliche diese Ausbildungsmöglichkeit in Anspruch, sie zählen als Lehrlinge nach dem ASVG. In der Zeit vor der ÜBA gab es für diese Jugendliche die sogenannten "JASG-Lehrgänge", die von Trägern durchgeführt und von den regionalen AMS-Stellen gefördert wurden (z.B. Niederösterreich). Diese waren aber als kürzere Lehrgänge ohne Ausbildungsabschluss konzipiert.

Die ÜBAs kümmern sich um Jugendliche, die keine Lehrstelle gefunden haben und bieten die Möglichkeit, in 30 ausgewählten Lehrberufen abseits der klassischen Lehrbetriebe eine Lehrausbildung zu absolvieren (§ 38d, Arbeitsmarktservicegesetz). Das AMS übernimmt die Koordination mit den Trägerorganisationen. Die Berufsschule besuchen die AusbildungsteilnehmerInnen genauso wie andere Lehrlinge, nur der Praxisteil wird in einer Ausbildungseinrichtung in Kooperation mit einer betrieblichen Lehrwerkstatt ermöglicht (ÜBA1-Form ist das Lehrgangmodell) oder die gesamte Ausbildung findet im Rahmen eines gestückelten Ausbildungsvertrag statt, wo Lehrlinge zwischen verschiedenen Praxisbetrieben während der gesamten Lehrzeit wechseln (ÜBA2-Form Praxisbetriebe). In beiden ÜBA-Formen ist das übergeordnete Ziel die Übernahme in eine reguläre Lehrausbildung bei einem Lehrbetrieb zu schaffen (S. 94, BMASK). Betriebe bekommen dafür eine extra Förderung, wenn sie ÜBA-



Lehrlinge übernehmen. ÜBA-Lehrlinge bekommen keine Lehrlingsentschädigung, sondern vom AMS eine Ausbildungsbeihilfe in Höhe der Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU) für Jugendliche vor Vollendung des 18. Lebensjahres (entspricht 325,80 netto im Monat). Ab dem dritten Lehrjahr erhalten alle LehrgangsteilnehmerInnen eine Ausbildungsbeihilfe in Höhe der DLU für erwachsene TeilnehmerInnen (das entspricht 753 Euro). Seit Jahren ist es für ÜBA-Lehrlinge in Praxisbetrieben schwer nachzuvollziehen, warum sie wesentlich weniger verdienen als ihre regulären Lehrlingskollegen. Dieses Unverständnis wird sich für ältere ÜBA-TeilnehmerInnen ab Herbst noch verstärken.

Welche Rolle erfüllt die ÜBA in der Ausbildungspflicht?

Die Garantielogik in der überbetrieblichen Ausbildung war zehn Jahre Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche, allerdings gab es kein Gesamtkonzept für die Ausbildungsjahre zwischen 15 und 18 Jahren. Pro Schuljahr gingen mehr als achttausend Jugendliche dem Ausbildungs- und weiterführenden Bildungssystem verloren. Das waren angesichts des hohen Arbeitslosigkeitssrisiko durch den alleinigen Pflichtschulabschluss zu viele.

Ein Gesamtkonzept wurde schließlich 2016 mit dem Ausbildungspflichtgesetz beschlossen. Dabei wurden bestehende und bewährte Orientierungsschienen wie das Jugendcoaching oder die Produktionsschulen in ein von Koordinierungsstellen gesteuertes Zusammenspiel übergeführt. Seit Juli 2017 gilt für alle Jugendlichen,

die die Pflichtschule im Schuljahr 2016/2017 bzw. danach abschließen die Ausbildungspflicht. Die Sanktionen treten mit 1. Juli 2018 in Kraft und werden mittels Verwaltungsstrafen an Eltern umgesetzt, wenn sie der Meldepflicht nicht nachkommen.

Die Ausbildungspflicht bis 18 Jahren gilt als erfüllt, wenn ein weiterer Schulbesuch, eine Lehre oder ÜBA, eine Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und sogar (auf Druck der ÖVP) eine Beschäftigung, die mit dem Perspektiven- oder Betreuungsplan in Einklang steht, nachgegangen wird. Angesichts der Zielgruppe der schulgefrusteten und mit Lern- und Sprachrucksäcken reisenden Jugendlichen durchs Pflichtschulsystem lässt sich leicht erkennen, dass oft weder ein weiterführender Schulbesuch noch eine Lehre auf dem immer knapper werdenden Lehrstellenmarkt möglich erscheint. Auch hat die überbetriebliche Lehrausbildung rein von den bisherigen Plätzen die größten Kapazitäten und Flexibilität ermöglicht. Das Auffangnetz ÜBA ist somit fixer Bestandteil und Baustein der Ausbildungspflicht bis 18 Jahre. Ausbildungen in dieser Zielgruppe werden oft mit Zeitverzögerung begonnen, daher sind die TeilnehmerInnen oft auch über 18 Jahre alt, wenn sie ihre Ausbildung abschließen.

Was hat der AMS-Verwaltungsrat im Mai 2018 beschlossen?

Der Verwaltungsrat hat vor kurzem mit den Stimmen der WirtschaftsvertreterInnen und der Regierung die Halbierung der Entschädigung für ältere Lehrlinge in überbetrieblicher Ausbildung beschlossen. Ab

Quelle: <http://www.reflektive.at/unuebalegt-auffangnetz-fuer-jugendliche-in-gefahr/>

September bekommen über 18-Jährige, die eine ÜBA-Lehre absolvieren, nur mehr 325 Euro im Monat Ausbildungsbeihilfe. Betroffenen von der Maßnahme, die laut AMS 17 Millionen Euro an Einsparungen bringt, sind 3.600 Personen. Also nicht viel Geld, für eine überschaubare und sich am Ausbildungsweg befindende Zielgruppe. Nach dem Zurückfahren der Mittel für das Integrationsjahr wird wieder bei der jungen Zielgruppe für Qualifikations- und Ausbildungsmaßnahmen gespart. Gerade junge Erwachsene können sich mit 325 Euro finanziell nicht über Wasser halten und riskieren, durch die Aufnahme zusätzlicher Hilfsjobs einen Ausbildungsabbruch. Die Ausbildungspflicht, die ja nur bis 18 Jahren gilt, greift dann auch nicht mehr. Der Zugang zur Mindestsicherung ist in den verschiedenen Bundesländern für junge Menschen in Ausbildung unterschied-

lich geregelt und an Voraussetzungen geknüpft. Zudem sind es Kosten, die die Länder aufbringen, während die ÜBA-Ausbildungsbeihilfe vom Bund über das AMS ausgeschüttet wird.

Regierungspläne als Umsetzungsschablone

Schon im Regierungsprogramm im Dezember 2017 setzte die Regierung auf die "Reduktion überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen auf das zwingend notwendige Ausmaß und Verkürzung des Verbleibs in den Einrichtungen (insbesondere in den dreijährigen Einrichtungen, möglichst nach einem Jahr Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt) durch verstärktes Vermitteln auf betriebliche Lehrstellen (Mittelumschichtung von überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen zur Ausbildung im Betrieb) und finanzielle Unterstützung des Betriebes". Die ÜBAs

sollen demnach keine "Konkurrenz" zu den Lehrbetrieben und deren Förderungen darstellen. Auch die nächste Passage stellt eine Bezugnahme zu den jetzt beschlossenen Änderungen her: "Beihilfenbezug während überbetrieblicher Ausbildung bzw. vorgelegter Einrichtungen wie etwa Produktionsschule so ausgestalten, dass ein klarer Anreiz zur Aufnahme einer betrieblichen Lehre besteht" (beide Stellen: S. 145, Regierungsprogramm). 325 Euro sind ein klarer Anreiz für AusbildungsteilnehmerInnen ihre Ausbildung in einer ÜBA zu hinterfragen. Es ist zu erwarten, dass Ausbildungsabbrüche sich verstärken mit negativen Folgen für die Lehrlinge, aber auch für die Volkswirtschaft. Diese Art der "Aktivierung" führt in die Perspektivenlosigkeit. Und das ist genau das Gegenteil eines Auffangnetzes.

Anna Schopf auf reflektive.at

Bild: vida Jugend

Noch mehr Bastis, bitte!

Das Positive zuerst: Die Ausgehzeiten für Jugendliche nach den Landesjugendschutzbestimmungen werden nivelliert — und zwar nach oben, was also in den meisten Ländern mehr Freiheit für die Jugendlichen bedeutet. Das ist zwar in einer Konferenz aller Landesjugendreferenten schon vor mehr als ein Jahr beschlossen worden, aber weil noch nicht umgesetzt, hat man es jetzt nocheinmal betont.

Der Hintergrund dafür ist aber ein anderer: Das Wiener Rathaus hat jetzt verkündet, einen anderen Aspekt dieser Einigung als erster Landtag beschließen zu wollen: Im Herbst soll das Rauchverbot für junge Menschen verschärft werden: Rauchen wird erst ab 18 erlaubt sein, also nur für wirklich Erwachsene. Das Gleiche gilt für hochprozentigen Alkohol — laut der Vereinbarung gibt es den auch erst mit 18.

Dazu kommen dann noch ein paar Wienspezifika. Das Land Wien (sprich: Rot-Grün) will vor dem VfGH gegen die Raucherlaubnis in Beisl'n klagen. Herr Ludwig denkt laut über weitere Alkoholverbote im öffentlichen Raum nach und macht Werbung für seine "Wiener Hausordnung" — was immer das auch sein soll. Es klingt nach Kasernenhof oder der ganzen Stadt als einem besonders rigiden Gemeindebau mit

Ludwig als Oberhausmasta. Ja, und das Wiener Marktamt und MA36 machen auf scharf bei Kontrollen am Donaukanal, wo fahrende Händler illegal Getränke feilbieten, vornehmlich Bier. Das freut sicher die Gastronomiebetriebe dort, aber wohl kaum diejenigen, die dort abhängen, aber nicht 4 Euro für ein Bier zahlen wollen. Nicht wenige von denen sind Jugendliche und da kann man das dann auch gleich als Jugendschutz verkaufen.

Nun waren die Ausgehzeiten in Wien auch bisher schon die Liberalsten — da braucht Wien wegen der Bundesländereinigung nichts ändern. Allerdings stellt sich schon die Frage, was 16jährige, für die es in Wien schon länger keine Abendgrenze mehr gibt, eigentlich mit dieser Nachtfreiheit anfangen sollen. In klassische Konzerte gehen vielleicht? Oder in die Oper? Saufen dürfens nicht, Rauchen dürfens nicht, Kiffen und nächtliche Ruhestörung dürfens wie alle anderen sowieso nicht. Und die Kombination aus Ludwigs Hausordnung und Kickls Polizeiphantasien wird wahrscheinlich sogar dafür sorgen, daß all diese Verbote auch wirklich exekutiert werden.

Man kann auch ohne Alkohol lustig sein! Und Rauchen kann tödlich sein! Jo eh. Aber aus Jugendlichen, die mit dem Polizeiknüppel zu ordentlich und fromm dressiert werden, werden später Vorgesetzte und Beamte mit hartem Stuhlgang. Oder sowas wie Sebastian Kurz. Wollen wir das wirklich?

-br-

Von Kreisky lernen

Wem nützt das geplante neue SPÖ-Statut?

Die Ankündigung der SPÖ-Bundesführung, jetzt ein neues "Demokratipaket" in den Stuten verankern zu wollen, läßt den Beobachter etwas ratlos zurück. Der Vorschlag, Nichtmitglieder in die Parteiarbeit einzubinden, kommt irgendwo zwischen dem Kreisky-schen "einen Teil des Weg gemeinsam gehen", seltsamen Vorwahlmodelle á la américain, Umarmungsversuchen von Protest und Entmachtung der Parteibasis zu liegen — was das praktisch heißen kann, bleibt abzuwarten.

Innerparteilich viel eher von realer Bedeutung ist aber die bedingte zeitliche Beschränkung des Mandats, wie sie jüngst Medienberichten zu entnehmen war. Aber was heißt das konkret?

Die Antwort: "Konkret: Statutarische Verankerung. Bei Kandidatur zu einer dritten Amtszeit auf der gleichen

Ebene muss durch Abstimmung des Bundesparteirates/Wahlkreis-konferenz (betrifft überregionale Mandate: Landtag, Nationalrat, Europaparlament) der jeweiligen Ebene eine Zweidrittelmehrheit erreicht werden, um auf einem Listenplatz zu kandidieren." So heißt es wortwörtlich im SPÖ-Papier. Ahja. Sprich: Es geht nur um Legislativorgane. Und um die dritte Amtszeit, nicht, wie kolportiert, um 10 Jahre — das ist ein wichtiger Unterschied.

Ein ähnliches Modell haben ja die Grünen schon seit längerem —

da sah man sich auch immer wieder mit dem Problem konfrontiert, daß vorzeitige Neuwahlen stark verkürzte Amtsperioden hervorriefen und so schon nach 6 oder 7 Jahren ein solches Zweidrittel-Quorum nötig wurde. Und bei den Grünen zeigte sich auch, was das praktisch hieß: Nur wer von den Medien und der Parteiführung als politische Notwendigkeit angesehen wurde, hatte eine Chance auf diese Zwei-Drittel-Mehrheit. Leute, die nur mit Hilfe eines Parteiflügels auf die Liste kamen, waren damit weg vom Fenster — was auch zu einer gewissen Verflachung und Vereinheitlichung führte. Die SPÖ hat in ihrem Modell da übrigens noch ein zweites Hintertürl offengelassen: Wer hinauffällt, für den beginnt die Frist von Neuem. Wer also beispielsweise zwei Perioden im Landtag verbringt, aber weiß, daß er keine Zweidrittelmehrheit bekommen wird, wird sich um ein Nationalratsmandat bemühen müssen — auch wenn er im Landtag viel bessere Arbeit hätte leisten können. Es werden also Leute in den Nationalrat drängen, die das gar nicht wollen. Ob das bei geringerer Verfügbarkeit von SPÖ-Mandaten so eine gute Idee ist? Und wieso fällt mir da jetzt das Peter-Prinzip ein?

Ein ähnliche Bestimmung hatte die SPÖ schon einmal — damals ging es um eine Altersgrenze. Pensionsreife Politiker sollten auch wirklich in Pension gehen. Es sei denn, sie haben in den zuständigen Gremien eine Zweidrittelmehrheit. Das hatte einstens Kreisky verordnet. Böse Menschen hatten später gemeint, das hätte er nur gemacht, weil er wußte, daß einzig und allein er selbst immer diese Zweidrittelmehrheit erhalten würde und er damit unter sich immer leichter lenkbare jüngere Karrieristen haben konnte. Heute, wo führende Politiker nicht mehr nur alte Männer sind, würde eine Altersgrenze nichts mehr bringen — Christian Kern hat das Modell

quasi auf die aktuellen Verhältnisse adaptiert. Er selbst hat ja von Anfang an erklärt, nicht länger als 10 Jahre in der Politik bleiben zu wollen. Aber falls doch? Nun, ein Gremium der SPÖ, das seinem Vorsitzenden keine Zweidrittelmehrheit gewährt, müßte erst erfunden werden. SP-Chefs beenden ihre Karriere üblicherweise nicht durch ein ordentliches parteidemokratisches Votum.

Verräterisch ist diesbezüglich übrigens auch die Auskunft der SPÖ für den Fall Michael Ludwig. Dieser hatte sich ja vehement gegen eine solche Beschränkung ausgesprochen. Man sollte meinen, weil er selbst davon betroffen wäre. Nein, natürlich nicht, er sitzt zwar seit über 10 Jahre in der Stadtregierung, aber das ist ja kein Legislativmandat. Das wäre aber gar nicht der Grund, warum es Ludwig nicht beträfe, so eine SPÖ-Sprecherin gegenüber der akin, sondern: "Die Forderung nach der zeitlichen Begrenzung von politischen Mandaten bezieht sich immer auf dieselbe politische Ebene. Auf Michael Ludwig würde dies beispielsweise nicht zutreffen. Nicht zuletzt ist eine Wiederwahl auch nach 10 Jahren bzw. zwei Perioden nicht ausgeschlossen — statt einer einfachen wäre hinkünftig lediglich eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig."

Ecco! Klartext: Erstens ist ein Bürgermeister was anderes als ein einfacher Stadtrat. Und zweitens braucht sich ein Wiener Bürgermeister um ein solches Quorum auch keine Sorgen zu machen.

Begründet wird der neue Statutenentwurf übrigens damit, daß man eine "Durchmischung und Erneuerung der SPÖ-MandatarInnen" erreichen möchte. Zu befürchten ist, daß das Gegenteil dabei rauskommt: Opportunismus und Stromlinienförmigkeit.

Bernhard Redl

Verkehrsskandal

250 Mio. Euro würde die Staumaut — würde sie in Wien eingeführt — das Land NÖ kosten, klagt der Mobilitätslandesrat. 100 Mio an Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, 150 Mio für Park & Ride-Anlagen.

Gut dass wir's jetzt wissen. Weil andersrum gedacht: 250 Mio. Euro an Investitionen in umweltschonenden, öffentlichen Verkehr und Umstiegshilfen und -möglichkeiten auf ökologische Mobilität hat das Land NÖ seinen PendlerInnen bislang vorenthalten. Das ist eigentlich der wahre Skandal:

Einerseits: Jammern darüber, dass sich Wien — zumindest der grüne Teil der Wiener Stadtregierung — das Verschmutzungs- und Umweltproblem, verursacht durch den motorisierten Individualverkehr nicht mehr länger umhängen lassen will und Maßnahmen zur Lenkung ergreifen will. Von Schikanen und Abzocke gegenüber PendlerInnen zu reden. Gleichzeitig aber von Wien fordern — natürlich auf Kosten Wiens — die Öffis über Landesgrenzen hinweg weiterzuführen.

Andererseits: Über Jahre hinweg einen gewaltigen Investitionsrückstau für ökologische Mobilität zuzulassen, den Umstieg zu erschweren und ganz bewusst die ganze Umwelt- und Verkehrsbelastung — und die Schäden für Natur und Gesundheit, die sich auch finanziell niederschlagen — auf Wien abzuwälzen. In der Folge die Regionen mit öffentlichen Verkehrsnetzen ausdünnen. Dann aber PendlerInnen für diese unökologische UND unsoziale Politik im Kampf gegen das "böse Wien" zu instrumentalisieren.

Wie gesagt: der wahre Skandal. Nur gut, dass das jetzt heraus ist. Dass die Versäumnisse NÖ in Sachen Öffi-Ausbau und Verkehrswende so offensichtlich geworden sind. Das haben wir der aktuelle Staumaut-Debatte zu verdanken.

Markus Koza

Taferlsparer

Überall muß gespart werden. Auch in Wien an den Zusatztafeln zu Verkehrszeichen. Stattdessen malt man jetzt fuzzi klein in Einfahrt-Verboten-Schilder "Ausgen." und dazu ein Fahrradsymbol. Man sieht diesen Zusatz zwar kaum und angesichts der Häufigkeit von Pickeln auf Verkehrsschildern in Wien wird er Hinkunft oft wohl vollkommen unleserlich sein. Aber es ist ein Schild weniger und außerdem sieht es hipper aus. Eine andere Erklärung für diese Neuerung ist schwer zu finden. Wems gefällt, kann seine Freude drüber aber sicher gerne hier deponieren: post@ma46.wien.gv.at. Auch die zuständige Stadträtin, will sicher gerne hören, wie toll man das findet: maria.vassilakou@wien.gv.at.



-br-

Initiativen: Hochhaus daneben

Nicht nur in Wien gibt es heftige Debatten über Hochhäuser. Eine neue Initiative in Linz will eine wirksame Bürgerbeteiligung bei Großprojekten wie z.B. dem Bau von Hochhäusern durchsetzen – mit Hilfe direkter Demokratie.

In Linz ist die Hochhauswut ausgebrochen. Investoren sehen darin die Chance, größtmögliche Rendite zu erwirtschaften. Und die Linzer Politik versagt dabei, diesem Wildwuchs Einhalt zu gebieten. Die Lehre aus der Fehlentwicklung am Harter Plateau, wo zwei Wohntürme nach gerade einmal 28 Jahren gesprengt wurden, um wieder kleineren Einheiten Platz zu machen, sind offensichtlich schon wieder in Vergessenheit geraten. Andererseits ist eine verdichtete Bauweise sinnvoll, um zusätzlichen Wohnraum in den Ballungszentren zu schaffen. Städte wie Barcelona zeigen aber, dass es oftmals intelligentere Lösungen der Verdichtung gibt, als brutal in die Höhe zu klotzen. Doch eine zukunftstaugliche Stadtplanung und Beteiligung der BürgerInnen findet in Linz derzeit nicht statt.

Deshalb hat der Verein "Mehr Demokratie OÖ" die Bürgerinitiative "Hochhaus daneben – wir reden mit!" gestartet. Ziel ist es, dass bei der Entscheidung über Großprojekten, wie z.B. bei Hochhäusern aber auch anderen Großprojekten, eine demokratische Einbindung der BürgerInnen stattfindet. Denn im eigenen Umfeld sind die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die wirklichen Experten.

(Aussendung Solidarwerkstatt/gek.)

Weitere Infos zu Initiative: <https://hochhaus-daneben.at/>

Protest gegen Hashim Taci in Wien

**FriedensaktivistInnen
kritisieren einseitige Kosovo-
Debatte in der Diplomatischen
Akademie**

Am 30. Mai fand in der Wiener Diplomatischen Akademie, einer Institution des FPÖ-geführten österreichischen Außenministeriums, die Präsentation des Buches "New State, modern Statesman. Hashim Taci – A biography" statt. Die Autorin Suzy Jagger war persönlich nicht anwesend. Am Podium saßen Albert Rohan, der vor 2008 den sogenannten "Wiener Dialog" zur Statusfrage des Kosovo leitete, der ehemalige Sonderbeauftragte für den Kosovo Wolfgang Petritsch, als Überraschungsgast der albanische Präsident Edi Rama und der Präsident der sogenannten "Republik" Kosovo Hashim Taci.

Rohan berichtete über seine Erfahrungen während der Kosovo-Gespräche in Wien und Petritsch über seine ersten Begegnungen mit dem damals jungen UCK-Vertreter Hashim Taci Mitte der 90er Jahre in den Lagern der UCK. Beide Österreicher sprachen sehr offen über die von Beginn an bestehende Sympathie für die kosovo-albanischen Unabhängigkeitsbestrebungen. In ihren Statements wurde die serbisch-jugoslawische Seite als die eines Aggressors beschrieben. Taci hingegen wurde als "Freiheitskämpfer" und "Revolutionär" dargestellt. Das Buch zeige die positive Wandlung

Taci hin zu einem "modernen Staatsmann" des "jüngsten Staates" Europas, der heute für die "besten Minderheitenrechte bekannt ist" und eine "stabile Demokratie" darstelle.

Die serbisch-jugoslawische Seite wurde als starrköpfige, nicht kompromisswillig dargestellt, die alle Vorschläge der "Internationalen Gemeinschaft" abgelehnt habe. Vom Rambouillet-Abkommen, über die Wiener Gespräche bis heute. Mit keinem Wort wurde von Petritsch erwähnt, warum die Verhandler der Bundesrepublik Jugo-

Jagger. Taci wird darin als "Richard Nixon" des Balkans beschrieben, in Anlehnung an die Bereitschaft Nixons mit der Volksrepublik China in Verhandlungen zu treten. Taci tue dies nun mit Serbien und sei daher "der wichtigste Faktor der Stabilität" in der Region.

Taci selbst berichtete über das freundschaftliche Treffen mit Bundeskanzler Sebastian Kurz am Tag davor in Wien, wo er die Zusage bekam, dass "Österreich auch weiterhin fest an der Seite des unabhängigen Kosovo stehen werde und alles dafür tun werde, dass die EU-Perspektive für sein Land Realität werde". Taci präsentierte sich selbst als den "modern Statesman", der die "euro-atlantische Orientierung des Kosovos weiterführen werde". Die Ko-Referenten meinten dann schlussendlich, dass "unser Freund Taci nicht nur sein Land befreit hätte, sondern in Wahrheit auch Serbien von dessen eigenen Albträumen".

Im Rahmen der Publikumsrunde stellten AktivistInnen der Friedens- und Anti-NATO-Bewegung Fragen an Petritsch und Rohan: "Sie beide kennen Herrn Taci sehr lange und sehr gut! Sie kennen seinen Hintergrund und seine Vergangenheit. Wie ist es da möglich, hier so ein einseitiges Bild zu vermitteln?" Und von welchem "demokratischen und stabilen Kosovo" hier eigentlich die Rede sei? Erst einen Tag zuvor wären wieder Serben auf ihrem Weg zu einer Kirche nahe Klina von einem Mob Radikaler angegriffen. Es vergehe kein Tag, wo man nicht Meldungen von Übergriffen gegen Serben aus den Dörfern des Kosovo lesen müsste.

Im Anschluss an die Aktion verließen die Protestierenden den Saal. Das Publikum reagierte geteilt, einige klatschten, einige beschimpften die Aktivisten als "Faschisten".

*(David Stockinger, Michael Wögerer/
Unsere Zeitung/gek.)*



Protestflugblatt der Initiative

slawien das Rambouillet-Abkommen ablehnten, kein Wort zum Annex B, der der NATO völlige Freiheit auf dem gesamten Territorium Jugoslawiens zugesichert hätte. In allen Ausführungen wurde die völkerrechtswidrige NATO-Aggression als notwendige humanitäre Intervention und die UCK als Volksbefreiungsbewegung verbrämt. Es wurde auch kein Wort über die kriminellen und mafiösen Machenschaften der UCK und die Vorwürfe gegen Hashim Taci in diesem Zusammenhang verloren.

In diese inhaltliche Richtung geht auch das Buch von Suzy

Termine

Ständiges

Critical Mass (aka Radldemo), <http://www.criticalmass.at/>; Wien jed. 3. Freitag im Monat – Treffpunkt 16:30 Uhr am Schwarzenbergplatz. 17:00 Abfahrt. Graz jed. letzten Freitag im Monat – 16:30 Uhr am Südtirolerplatz. Innsbruck jed. letzten Freitag im Monat – 18:00 Uhr in der Maria-Theresien-Straße (Annasäule). Linz jed. letzten Freitag im Monat – 16:30 Uhr am Hauptplatz, Abfahrt 17:00 Uhr. Salzburg jed. letzten Freitag im Monat – 17:00 Uhr im Kurpark/Kongresshaus. Wiener Neustadt mindestens 2x im Jahr. Termine unter: <http://www.criticalmass.at/> oder Newsletter wienerneustadt@criticalmass.at bestellen. Mehr Details dazu: <http://www.criticalmass.at/about/was-ist-critical-mass-salzburg>, am ersten Samstag des Monats SLP-Kundgebungen gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen, ab 10 Uhr vor dem Landeskrankenhaus/Müllner Seite

ARCHIVE, INFOLÄDEN, BUCHHANDLUNGEN U.Ä.

INFOLÄDEN: Wels: 4600 Spitalhof 3, Tel. 07242/910432; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, infoladen-wels@liwest.at; Korneuburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i.Mon. 15.30-16.30, 2100 Laaer Str. 6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr.17, Di, Fr, Sa 16 - 20h, <http://www.kv-treibsand.at/tf>; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h, infoladen.salzburg@gmx.net; IL Bregenz, AJZ Between, Bahnhofstr.47, 05574/44379, juzbuch@gmx.at

EKH (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwochs-Beisl 18,30-24h. InfolX: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLX-bibliothek Do 16 - 20 h. www.med-user.net/~ekh; HausBibliothek, Do 16-20h, www.med-user.net/~ekh/bibliothek.html

PrekärCafe j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h. 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg.

Buchhandlung "Libreria Utopia". 1150, Preysingg. 26-28, Mo-Fr ab 15h, Sa ab 12h. [Infos radicalbookstore.com](http://www.infosradicalbookstore.com)
Anarchistische Buchhandlung Wien, Oelweing. 36/5, 1150; Di & Mi, 18-20h & j. 1.&3. Sa i. Monat, 12-16:30

Anarchistische Bibliothek jed. Mo 18 - 20h oder nach Absprache. 1080 Lerchenfelder Str. 124-126/Hof 3/Tür 1a, <http://a-bibliothek.org>

Archiv d soz. Beweg., Mi u. Fr 17-20h, Kontakt www.bibliothekvonunten.org, archiv.wien@gmx.at, 1010 Wipplingerstr.23

Marxer Lesestube (Zeitungen, Sachbücher) Do 17-18h, auch vorher und nachher. 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.), Tel. 0681 1027-8815

ARBEITSLOSE

aha - Arbeitslose helfen Arbeitslose: 2. oder 1. Do. im Monat, Khevenhüllerstr 4, 4020 Linz

<http://www.vereinaha.at/Infoabende.htm>

"Aktive Arbeitslose Österreich": Offenes Treffen mit Beratung jeden 4. Do ab 16 Uhr Café Müller, Payerg.14/Yppenplatz 2, 1160; Szb-Regionalgruppe: J. 4. Mi i. Monat, Beisl im ABZ, Kirchenstraße 34, Salzburg. Telef Beratung 0676 3548310, <http://www.aktive-arbeitslose.at>. Online-Rechtsinformation: <http://www.arbeitslosennetz.org>

AMSand, Beratung jeden Donnerstags, 18-20h, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070, <http://amsand.net>

AMSEL: J. 2. Do (werktags) von 17-20h im Infoladen Schwarzes Radiischen Steinfeldgasse 2, 8020 Graz <http://www.amsel-org.info>

"Zum Alten Eisen?", Do ab 16:30, Cafe Siebenbrunnen, 1050, Siebenbrunnenplatz <http://www.zum-alten-eisen.at>, T 0650/92 06 731

FRAUEN:

FLMZ, Währingerstr. 59/St.6, 1090, Eingang Prechtlgasse, T+F 4085057, Plenum: j. 1. Do, 18:30, 2.St; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h, Plenum: j.2.u.4. Di 18h, j.3.Do, 20h; Kitschfilmabend; ARGE Dicke Weiber, jed. 2. Fr, 17:30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszentr.f. Immigrantinnen, T4086119, <http://www.peregrina.at>; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443

Frauen-solidarität, feministisch-entwicklungspolitisch: Bibliothek & Dokumentation 1090 Senseng.3, Tel.31 74020-400, Öffnungszeiten Mo-Di 9-17h, Mi-Do 9-19h, Fr 9-14h. netz: www.frauen-solidarität.org

Archiv der Frauen-u. Lesbenbewegung Stichwort, 1040 Gusshausstr.20/1A+B, Tel. 812 98 86, e-mail: office@stichwort.or.at, geöffnet Mo + Di 9-14h, Do 14-19

FRIEDEN

Arge WDV, argewdv@verweigert.at, 535 91 09, Fax 5327416, 1010 Schottenteng. 3a/1/4/59, Wehrdienstverweig. u. Zivild.berat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; www.deserteursberatung.at/; Tel. 533 72 71; Rechtsberatung bei dring. Fällen: 0699/ 112 25 867, solidaritaetsgruppe@chello.at

Wr.Friedensbew., Plenum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reinprechtsdorfer Str. 6

Solidar-Werkstatt (vormals friwe), Waltherstr. 15, 4020 Linz, T. 0732/771094, F. 0732/797391, office@solidarwerkstatt.at, <http://www.solidarwerkstatt.at>

Internat. Versöhnungsbund lädt www.versoehnungsbund.at; Tel.408 5332, 1080 Ledererg. 23/3/27

PARTEIEN

SLP: 1200 Pappenheimg.2/1, T. 5246310, F. 5246311; Termine unter www.slp.at, Treffen: SLP-West jew. Mo. 18,30 Buchh.Libreria Utopia 1150 Preysingg.26-28, Brigittenau West, Do 19h im SLP-Büro 1200 Pappenheimg.2/1, Brigittenau Ost, Die 18,30 im SLP-Büro, Graz, Die, 19h Rest.Rondo, Marienplatz 1, Linz, Die, 18,30, Alte Welt, Hauptpl.4; Szb, Mo 19h, Shakespeare, Hubert-Sattler-G. 3/Mirabellplatz; NÖ und Tirol: unregelmäßig, Infos slp@slp.at, Gmunden jew. Fr, 18h im Einkaufspark, Habert Cafe

KPÖ: Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr.8

Polit. Bezirksini. PoDi-Politik Direkt am 1. oder 2.Mo im Mon, 19h Uhr, Cafe Sperlhof, 1020 Große Sperlg. 41. <http://poldi.mond.at>, Nachfragen: 319 44 86 o. poldi.news@mond.at

SONSTIGES

LICRA - Internat. Liga gg. Rassismus & Antisem., NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, Rockhg.1/Cafe Hebenstreit
WILF-Wr. Lehr.In.Ini j. 1. Mi. 19:30

KIV, 1020 Odeong.1/Gr. Mohreng. Wuk-Inforunde: j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganer; 1090 Währ. Str.59
RKL & Aktionskom. gg. Sozialabbau: Vorstadt-Zentrum, Gußhausstraße 14/3, 1040, So von 16-22h, Soli-Cafe Di 18h

Kostnixladen virtuell: www.geldlos.at - real: im vekks. 1050 Zentag.26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebda: WEGzehr & Kost-Nix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und vorkü
AUGE/UG Büro, Termine /Themen: <http://www.auge.or.at>, Mi., Ort: Belvedereg. 10/1, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong.1/ Eingang Ecke Mohreng., 1020, kiv@kiv.at

VIRUS Di, 20h WUK-Umweltb., 1090 Währ.Str.59, Eisenstiege

Pankahytt, jeden Dienstag ab 20h Stammtisch. 1150 Johnstraße 45/Halle, www.pankahytt.in.sdrin.at

Bikekitchen ReparierBAR: Donnerstags Selbsthilfwerkstatt: 16-20h / Community: 20-24h, jd. 1.Fr im M. 16-20h Rad-Werkstatt nur für Frauen, Lesben und Transgender. 1150 Goldschlagstr.8. Gebrauchte Ersatzteile sind vorhanden.

Offenes Treffen des ehem. Speaker-corner gg Schwarzbunt j. 1. Do im M., 19 Uhr Käuzchen, 1070 Gardeg./Neustiftg.

Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (UNDOK): ÖGB-Haus Catarina 1. Stock,

1020 Johan Böhmer Platz 1, U 2 Station Donaumarina

Die Academy von Amnesty International bietet div. Workshops und Seminare an, z.B. über Flucht, Menschenrechte, Islam, Antirassismus, Argumentationstraining u.a. Infos unter www.academy.amnesty.at, Tel. 78008

Treffen der Versöhnungsbund-Aktiv-Gruppe, Jour fixe letz Mo im Monat, ab 17,30 im Seminarraum, 1080 Ledererg. 23/3/27. <http://www.versoehnungsbund.at>

Basisgruppe Gesellschaftskritik Salzburg: Disk.abende jew. Di & Sa im Sub und im Infoladen. Infos und konkrete Termine geskrit.wordpress.com.

WEN DO - feministische Selbstverteidigungs-Kurse für Frauen und Mädchen im FMLZ, 1090, Währinger Str 59/5t6, Kontakt 01/408 50 57, www.wendo-wien.at, e-mail: wendo.wien@gmx.at

Derzeitiges

Jüdisches Museum, Ausstellung bis 14.10.2018: Salons als Orte der Emanzipation, z.B. Josephine von Wertheimstein, Berta Zuckerandl u.a. 1010 Dorotheerg.11, So - Freitag 10 - 18 Uhr

ebenda, bis 25.11.2018: Teddy Kollek der Wiener Bürgermeister von Jerusalem.

Jüdisches Museum am JUDENPLATZ: Verfolgt. Verlobt. Verheiratet - Scheinehen ins Exil. Bis 7. 10.2018, So - Do 10 - 18h, Freitag 10 - 17 Uhr. 1010 Judenplatz 8

Schütte-Lihotzky-Raum, Ausstellung bis 29.6.: WOHN-Geschichten, Wohnbauprojekte der Architektin, 1030 Untere Weißgerberstr.41, geöffnet Di, Mi 10

bis 14h, Do, Fr 14 - 18h

Zur Aktualität des Marx'schen Denkens. Ringvorlesung bis 21.6. am Institut für Politikwissenschaft der Univ.Wien, jew. Donnerstags von 18,30 - 20h, Eintritt frei, 1010 Universitätsstr.7

Metro-Kinokulturhaus, Ausstellung: "DIE STADT OHNE jüden muslimen flüchtlinge ausländer", täglich von 15 bis 21 Uhr. 1010 Johannesg.4, Dauer: bis 30.12.2018

Volkskundemuseum, Ausstellung ab 26. 4. 2018: Am Anfang war ich sehr verliebt.... 40 Jahre Wiener Frauenhäuser. 1080 Laudong.15-19, Infos www.frauenhaeuser-wien.at

Ausstellung bis 30.6.2018, Universität Wien: SHOAH - der Holocaust. Wie war es Menschen möglich? 1010 Universitätsring 1

Donnerstag, 7.6.

Raum der IG Architektur, 17h, Studienpräs.: Unselbstständig/Selbstständig/Erwerbslos. 1060 Gumpendorfer Straße 63b

VHS Landstraße, 18h, Disk.: Karl Marx und Fake News. Ideologie und falsches Bewusstsein. 1030 Hainburger Straße 29

SOHO 2018 im Sandleitenhof: Jenseits des Unbehagens: Vom Arbeiten an der Gemeinschaft. Um 19 Uhr findet die Buchpräs. und Lesung mit Luis Stabauer aus seinem Roman: Die Weißen statt. Musik mit Kurt Winterstein. 1160 Matteotiplatz 1

IWK, 19h, Vortrag: (Selbst-) Eigentum aus postkolonialer und queer-feministischer Perspektive. 1090 Bergg.17

Werkl, 19h, Diskussion über aussterbende Sprachen. Mund-ART oder Dialekt. 1220 Schüttaustr.1

ekh, 20h, Politbeisl: Inforeveranstaltung zu anarchistischen Langzeitgefangenen.

Freitag, 8.6.

Cafe Sperlhof, 18h, Treffen des Personenkomitees Selbstbestimmtes Österreich. 1020, Große Sperlgasse 41

ekh, 19,30, Infoladen: Textdiskussion: Ist der Anarchismus noch zu retten. 1100 Wielandg.2-4

AUGUSTIN-Hof-Fest: 20 Jahre Radio Augustin, ab 18h, 1050 Reinprechtsdorfer Straße 31

Samstag, 9.6.

DEMONSTRATION der Lernenden und Lehrenden, 14 - 19 Uhr gegen den Raubbau der Regierung am Bildungswesen. 1070 Urban Loritz Platz

Türkis Rosa Lila Villa, ab 14 Uhr Straßenfest: Räume für alle, sonst gibt's Krawalle! 1060 Linke Wienzeile 102

Linz, ab 15h "Die Waffen nieder! Ja zur Neutralität!" Friedenskundgebung anlässlich des 175. Jahrestages der großen österreichischen Friedensaktivistin Bertha von Suttner. Volksgarten Linz, im Rahmen des Fair-Planet-Fests

Sonntag, 10.6.

Steine der Erinnerung, um 10 Uhr Eröffnung in 1090 Votivpark, vis a vis Rooseveltplatz 6, anschl. Begehung zu 9 weiteren NEUEN Stationen der Erinnerung, alle im 9. Bezirk. Zur Erinnerung an die Opfer der Nazi-Massenmorde werden diese Gedenktafeln vor deren ehem. Wohnhäusern installiert

Ute Bock Cup, Fußball und Live-Musik, ab 10 Uhr am Wiener Sportclub-Platz, 1170 Alseile 19

Montag, 11.6.

Amerlinghaus, 20h, Literatur, Musik & Kleinkunst: Wilde Worte mit Richard Weihs und Annett Krendlesberger: Zwei Blatt und zwei. 1070 Stifftg.8

Dienstag, 12.6.

KUNDGEBUNG von 16 Uhr bis 17,30: ÖGB aufrütteln - wir sind sozial aber nicht blöd. Wir als Kämpferische BetriebsrätInnen, aktive Beschäftigte und gewerkschaftliche Basisinitiativen organisieren eine Kundgebung bei der wir eine kämpferische Antwort der Gewerkschaft auf die Schwarz-Blauen Angriffe fordern. Dazu werden wir auch einen Initiativantrag auf dem Kongress einbringen. 1220 Bruno-Kreisky-Platz 1, Austria Center/ U 1 Station Kaisermühlen/VIC

Amerlinghaus, 19h, Treffen zur Planung weiterer Aktivitäten gegen Demokratie- und Sozialabbau, gegen die Zerschlagung der AUVA + Sozialversicherung. 1070 Stifftg.8

VHS Stöbergasse, 18h, Disk.: Krisen, Revolution und Umbruch mit Marx verstehen. 1050 Stöberg.11-15

Rep.Club, 19h, Buchpräs. mit Lorenz Glatz: Reisen zu verlorenen Nachbarn. Die Juden von Wiesmath. 1010 Rockhg.1

Palais Epstein, 17h, Buchpräs. mit David Stögmüller: Graue Wölfe - Türkische Rechtsextreme in Deutschland und Österreich. 1010 Dr.-Karl-Renner-Ring 1

KPÖ Favoriten, 18h, Vortrag: Die Unfallversicherung Geschichte, Leistungen, Reformpläne. 1100 Troststraße 68-70/Eingang Herzgasse

Mittwoch, 13.6.

KZ-Verband, 18h, Jour fixe mit Charlotte Rombach, Präsentation zweier Dokumentationen: "Schutzbundkinder in der Sowjetunion" und "ÖsterreicherInnen in der Rote Armee". 1020 Lassallestraße 40/2/2/6

PROTESTKUNDGEBUNG um 18 Uhr am Viktor Adler Platz 1100 Wien, anlässlich der Raffizierung von Ceta im Nationalrat

Villach, OTELO, 19h, Vortrag Elisabeth Holzleithner: Wo bleiben LesBiSchwule, Trans und Inter? Menschenrechte queer gelesen. Kaiser-Josef-Platz 3

Donnerstag, 14.6.

Wien Donaupark, um 18 Uhr Treffen zum 90. Geburtstag von Che Guevara, vor seiner Büste

IWK, 15h, Tagung: Reformation und Revolution in Europa: Aufbruch zur modernen Demokratie. 1090 Bergg.17

BOKU, 19,30, Exnerhaus, HS 2/1.Stock, Vortrag mit Michel Reimon/Grüner EU-Abgeordneter: Baysanto - zwei Unternehmen, viel Glyphosat. 1190 Peter-Jordan-Straße 82

Freitag, 15.6.

KOMintern, 18h, Diskussion: Wie soll Gewerkschaft? 1080 Bennoplatz 6/Eingang Benn-

nog.7

Rep.Club, 19h, Gespräch mit der Philosophin Agnes Heller, Kritikerin des System Orban. 1010 Rockhg.1

Steinbach/Weißenbach am Attersee, bis Sonntag 17.6. Festival des politischen Liedes im Europacamp. Franz von Schönthan Allee 42/Veranstalter Kulturverein Willi

Dienstag, 19.6.

IWK, 17,30, Geschichte der Moderne in Italien: Beinahe eine Revolution. Wesentliche Denker am Vorabend der französischen Revolution. 1090 Bergg.17

ekh, 20h, Antifa Cafe, 1100 Wielandg.2-4

St.Pölten, ANZ, 9 - 16h, Seminar: Mit Recht gegen Armut in NÖ. Veranstaltet von NÖ-Armutsnetzwerk und AK. Teilnehmer erhalten einen Überblick über die rechtl. Bestimmungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (NÖ Mindestsicherungsgesetz, Mindeststandardverordnung,...), Gemeinsames Berechnen der Leistungen der BM anhand von Beispielen. AK-Platz 1, Anmeldung per Email unter armut_in_noe@gmx.at, Infos <http://www.armutskonferenz.at/>

Mittwoch, 20. Juni

18:00 Uhr: Demo gegen die schwarz-blaue Abschiebepolitik. Hauptbahnhof Wien. Info: <http://menschliche-asyllpolitik.at>

ekh, bis 24.6. Haus- und Hoffest. 1100 Wielandg.2-4

VHS Ottakring, 18h, Diskussion: Wie Marx Arbeit und Arbeitslosigkeit denkt. 1160 Ludo-Hartmann-Platz 7

Freitag, 22.6.

Burg Schlaining, SOL Symposium bis 23.6.: Welt Weiter Denken - nachhaltige UN-Entwicklungsziele für die Zivilgesellschaft. Beginn 9,30, Begrüßung, Referate, Arbeitskreise. Infos und Anmeldung symposium@nachhaltig.at oder Jerome Ecker, Tel. 0699/10662590, Shutteldienst von Hartberg und Pinkafeld, Infos darüber: www.nachhaltig.at/symposium

Montag, 25.6.

VHS Mariahilf, 18h, Diskussion: Zum Verhältnis von Marx zur Natur. 1060 Damböckg.4

Dienstag, 26.6.

ÖGB Catamaran, 18,30, Liederlich-Bluesiges mit alten und neue 3n ArbeiterInnen Lieder von und mit Reinhart Sellner und Timo Brunnbauer. 1020, Johann Böhm Platz 1, EG Raum 0405, Eintritt frei, Mitsingen möglich. Anreise: U2 Station Donaumarina, Anmeldung unter bildung@oegb.at

Büchereiverband, 19h, das politisch-literarische Quartett. Vier "BerufsleserInnen" stellen vier Bücher vor. Diskussionen auf dem Podium und mit dem Publikum. 1070 Museumstr.3/B/12

Donnerstag, 28.6.

Wohnprojekt, 19h, Diskussion über eine gerechte Wohnpolitik und soziale Teilhabe: Der Kampf ums Wohnen in der Stadt. Mit Elke Kahr/Stadträtin in Graz, Elke Hanel-Torsch/Mietervereinigung, Gabu Heindl/ Architektin und Stadtplanerin. 1020 Krakauer Straße 19/45

Eisenstadt, KPÖ Burgenland, 18h, Rudi Gabriel/Arzt referiert über die Selbstverwaltung im österr. Versicherungswesen: Selbstverwaltung, ein Erfolgsmodell. Hauptstraße 26

Waldhäusl, die Schweine und der Dreck

Nicht nur Hunde mit Migrationshintergrund sind dem FPÖ-Politiker ein Anliegen

In der Debatte um die Kürzungen der Familienleistungen im Spar-Budget der Bundesregierung sagte Gottfried Waldhäusl als FPÖ-NÖ-Klubobmann 2011 in Anspielung auf die eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle, dass für die Familien kein Geld da sei, aber "Schwuchteln" unterstützen kein Problem sei.

<https://derstandard.at/1295571055660/Landtag-Niederoesterreich-Schwuchtel-ist-Umgangssprache>

Weil ein Antrag der FPÖ, der unter anderem die chemische Kastration von Triebtätern forderte, 2012 in einer NÖ-Landtagssitzung von den anderen Parteien abgelehnt wurde, bezeichnete Waldhäusl ÖVP, SPÖ und Grüne in einer Aussendung als "Anwälte von Kinderschändern".

<http://noe.orf.at/news/stories/2524926/>

Waldhäusl im NÖ-Wahlkampf 2018 über das Verhalten der jetzigen Landeshauptfrau und damaligen Innenministerin Mikl-Leitner im Jahr 2015 gegenüber den Flüchtlingen: "Ein bisserl salopp formuliert: Sie ist dortgestanden und hat ihnen sogar noch die Jausensackerln hingschmissen, damit sie dann Kraft genug zum Vergewaltigen unserer Frauen und Kinder haben."

(Interview/Werbespot in "N1", Niederösterreich-Fernsehen)

<https://www.youtube.com/watch?v=z4fJ8JqBvYA>

"Dreckskünstler wollen wir nicht fördern. Die Freiheit der Kunst, ja, aber kein Geld dafür! Wenn unter Mikl-Leitner es möglich war, daß jemand in Wien in der

Karlskirche in den Weihbrunnen pinkelt, an Kunstpreis und a Geld dafür kriegt, na, für so Sauereien haben wir nichts über."

(ebenda)

Über seine Arbeit als neuer Landesrat, unter anderem zuständig für Asylangelegenheiten: "Ich bin jetzt ein Monat im Amt und habe festgestellt, dass ich, wenn ich den Saustall aufräumen will, den mein Vorgänger hinterlassen hat, einige Monate beschäftigt bin. Vor allem weil ich fast jeden Tag wieder auf neue Baustellen draufkomme, wie zum Beispiel die 405 illegal Geduldeten, die in freien Quartieren auf ein Bankkonto Geldleistungen überwiesen bekommen."

(NÖN, 1. Mai 2018)

<https://www.noen.at/niederoesterreich/politik/interview-waldhaeusl-gestalten-ist-schoener-als-opposition-gottfried-waldhaeusl-noen-interview-landesrat-interview-91440832>

Und vor ein paar Tagen ortete Waldhäusl in seiner Funktion als für den Tierschutz zuständige Landesrat einen "Affront gegen unsere Schweinebauern, die ohnehin schwere Zeiten haben", weil Asylberechtigte als Erntehelfer danach gefragt haben sollen, ob bei ihrer Verköstigung auf Schweinefleisch verzichtet werden könne.

(Facebook-Seite des Herrn Waldhäusl)

Waldhäusls Verständnis von Tierschutz ist nämlich: "Derzeit ist es so, dass wir Tierschutz-Standards erhöht haben, sich die NGOs und Tierschutzvereine gefreut haben und die Betriebe hinter die Grenze übersiedelt sind." Das wirkliche Tierschutzproblem ist laut dem Landesrat ein anderes: "Mir geht es zudem auch darum, das illegale Schächten einzudämmen und als Tierquälerei strafrechtlich zu verfolgen."

(NÖN, a.a.O.)

VORSICHT: kleingedrucktes

Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der unterzeichnenden Autoren und Autorinnen aus. Redaktionsmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen.

Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts Neues respektive mitteilenswertes enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der Akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung

wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entscheiden, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt. Sollte nach längerer Diskussion kein Konsens innerhalb der Redaktion zu erreichen sein, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Stimmberechtigte Mitglieder sind nur regelmäßige MitarbeiterInnen der Redaktion. Abgelehnte Manuskripte können in der Redaktion

eingesehen werden.

Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei BfS-Mitgliedern ist die Abogebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisserl einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder PDF oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), herausgeberin und herstellerin: bewegung für sozialismus (föj), belvedereg. 10, 1040 wien. Nachdruck unter quellenangabe und zusendung eines belegexemplars erbeten. Reproduktionen im internet bitte unter angabe unserer webadresse oder des deeplinks sowie benachrichtigung per mail. DVR-nummer: 0557 021.

postadresse: Lobenhauerng.35/2, 1170 wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausenstraße 3, kellerlokal, 1140 wien. Telefon zu redaktionszeiten 0665 / 65 20 70 92, ansonsten 01 / 53 56 200 - mail akin.redaktion@gmx.at - <http://www.archivhomepage.at> - <http://akin.mediaweb.at> - blog <https://akinmagazin.wordpress.com> - <https://www.facebook.com/akin.magazin> - twitter @akinmagazin - radio-podcast <https://cba.fro.at/series/akin>

Konto: bank austria, lautend auf: föj — bewegung für sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW